

FDP
Gut verpackt

Die Bremer FDP gab ein bisschen zu sehr mit ihrer partei-losen Spitzenkandidatin zur Bürgerschaftswahl am 10. Mai an: Lencke Steiner, 29, berate Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck zur Corporate Governance für Familienunternehmer, hieß es auf der Partei-Homepage. In Wirklichkeit hat die Geschäftsführerin einer Verpackungsfirma lediglich an drei Berliner Treffen 2013 und 2014



Steiner

teilgenommen: Als Bundesvorsitzende der Jungen Unternehmer war sie einer von vier Gästen bei einem Gedankenaustausch mit Joachim Gauck über „Demografischen Wandel und Generationengerechtigkeit“, und als Firmenchefin durfte sie an zwei Konferenzen „Frauen in Führungspositionen“ mit Angela Merkel teilnehmen, neben hundert anderen Gästen. Auf SPIEGEL-Nachfrage räumte die FDP ein, die Formulierung sei „vielleicht tatsächlich“ missverständlich. Inzwischen wurde sie entschärft. stg

Terrorismus
Länder bestehen auf Zuständigkeiten

Die von der Bundespolizei als Reaktion auf die Anschläge von Paris geplante Antiterrorereinheit stößt bei den Ländern auf wenig Begeisterung. Die neue Truppe soll vor allem eine spezielle Ausrüstung erhalten, um gegen den Beschuss mit schweren Waffen wie dem Sturmgewehr Kalaschnikow geschützt zu sein, was bislang bei keiner deutschen Polizeieinheit der Fall ist. Die Innenminister der Länder, die im Ernstfall für die Bekämpfung von Terrorlagen zuständig sind, fühlen sich offenbar übergangen und reagieren skeptisch: „Wenn der Bund glaubt, es



Bundespolizisten

gebe Nachholbedarf bei Antiterrorereinheiten, dann werden wir ihn sicher nicht daran hindern“, sagt der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD), derzeit Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Aber Polizeiarbeit sei Ländersache, und dabei bleibe es auch. Eine neue Verteilung von Kompetenzen zwischen Ländern und Bund werde es auf keinen Fall geben. au

Kommentar

Im Billig-Billig-Modus

Die Kindergärten brauchen Geld – es kann nicht nur vom Staat kommen.

Der mündige Verbraucher weiß, dass eine Jeans nicht nur fünf Euro kosten darf. Ist sie so billig, dann hat die Sache einen Haken: Die Ware ist minderwertig, oder die Arbeiterin in Bangladesch musste sie unter unwürdigen Umständen gegen geringen Lohn zusammennähen. Deshalb sind viele Konsumenten bereit, für ihre Hose mehr zu bezahlen.

Bei der Betreuung von Kleinkindern, einer staatlich bezuschussten Dienstleistung, ist dieses Bewusstsein noch nicht angekommen. Der Kita-Markt befindet sich knapp zwei Jahre nach Einführung des Rechtsanspruchs für unter Dreijährige noch immer im Billig-Billig-Modus. Zwar verdienen Erzieherinnen – 96 Prozent des Personals sind weiblich – ein Vielfaches von Näherinnen in Fernost. Doch leidet der Beruf unter schlechten Arbeitsbedingungen, nach wie vor zu geringer Bezahlung und fehlendem Ansehen.

Ab kommender Woche könnten in Deutschland flächendeckend Erzieherinnen und Erzieher streiken. Sie fordern, in höhere Tarifgruppen eingestuft zu werden. Die Verhandlungen zwischen den kommunalen Arbeitgebern und den Gewerkschaften sind gescheitert, derzeit laufen die Urabstimmungen.

Für Eltern sind die Streiks lästig. Viele Kitas in Deutschland dürften tagelang geschlossen, Tausende Berufstätige mit ihren Kindern zu Hause bleiben – nur wenige Wochen nachdem bereits die Grippewelle zu Engpässen führte. Dabei ist die Misere zum Teil selbst verantwortet. Denn während sie beim Konsum aus dem Vollen schöpfen, wollen Mütter und Väter für das Wickeln, Spielen oder Trösten ihrer Kinder nicht viel ausgeben. Sie gerieren sich, vermittelt durch den Staat, als Preisdrücker.

Deutschland hinkt bei den Bildungsausgaben hinterher. Weniger bekannt ist, dass vor allem die privaten Haushalte knausern. Während es etwa in asiatischen Ländern üblich ist, in die Bildungskarriere der Kinder zu investieren, sehen deutsche Eltern dafür vor allem den Staat in der Pflicht. Selbst moderate Studiengebühren von 500 Euro pro Semester waren hierzulande politisch nicht durchsetzbar.

Auch bei den Kleinsten geht der Trend zur Bezahlfreiheit. Immer mehr Kommunen und Bundesländer bieten zur Freude der Eltern zumindest das letzte Kita-Jahr gratis an. In Hamburg sind sogar ab Geburt fünf Stunden pro Tag inklusive Mittagessen gebührenfrei.

Inzwischen zeigt sich der Preis des raschen Ausbaus: Es fehlt an der Qualität. Nur drei Prozent der Krippen betreuen die Kinder gut, ermittelten Forscher, vielerorts sind die Gruppen zu groß, ist das Personal schlecht ausgebildet. Die Kitas müssen nehmen, wen sie bekommen – was wiederum nicht immer die besten Interessenten in den Beruf zieht. Es wäre zu wünschen, dass der Staat nach dem Kita-Ausbau eine Qualitätsoffensive finanziert, indem er etwa die Ausbildung der Erzieherinnen aufwertet.

Doch ganz ohne Elternbeiträge kommt das System wohl nicht aus. Gebührenmodelle, die Familien je nach Einkommen beteiligten, waren vielerorts geübte Praxis. Dem Versprechen, dass die Kitas nun zugleich billiger und besser werden, sollten Eltern misstrauen.

Und sich während der erzwungenen freien Tage die Frage stellen: Darf es auch bei der Kinderbetreuung ein wenig teurer sein?

Jan Friedmann



Kita-Kinder

FOTOS: BERND VON JUTRZENKA / PICTURE ALLIANCE / DPA (O. L.); BORIS ROESSLER / PICTURE ALLIANCE / DPA (O. R.); WALTER GRUBITZSCH / DPA (U.)